Ohne Geld keine Entschuldung Privatkonkurse 2008

Wien, 08.01.2009

Es ist der tragende Grundpfeiler des österreichischen Privatkonkursrechtes: Nur wer sich glaubwürdig anstrengt und auch etwas an seine Gläubiger zahlen kann, dem steht eine Befreiung von seinen Schulden zu. Jahr für Jahr wählen mehr Menschen den Weg aus der Schuldenfalle; Jahr für Jahr gab es daher Zuwachsraten bei den Privatkonkursen. Im Jahr 2008 waren es um ca. 15 % mehr als 2007.

Die Verbindlichkeiten betrugen durchschnittlich EUR 122.000 gegenüber ca. EUR 139.000 im Jahr davor. Die Höhe dieser Verbindlichkeiten hängt immer wieder davon ab, ob es einzelne große Fälle gibt, in der Regel ehemalige Unternehmer, die aus der Rechtsform (Einzelfirma) oder aus übernommenen Haftungen Verbindlichkeiten mitunter in Millionenhöhe haben.

Bei den echten Privaten beträgt die Verschuldung durchschnittlich ca. EUR 50.000, Tendenz leicht steigend.

Die Hauptursache für die Schulden der Konkursanten liegt nach wie vor bei ehemaliger Selbstständigkeit, und zwar bei 35 % der eröffneten Schuldenregulierungsverfahren.

Die Bundesländer im Vergleich:

Die untenstehende Tabelle zeigt, dass der Spitzenreiter beim Zuwachs das Bundesland Wien war, wogegen das sehr starke Bundesland Oberösterreich kaum Zuwachs aufweist.

Bundesland	eröffnete Fälle	eröffnete Fälle	Veränderung
	2008	2007	
Wien	3.372	2.592	30,1%
Niederösterreich	806	755	6,8%
Burgenland	168	139	20,9%
Oberösterreich	1.043	1.048	- 0,5%
Salzburg	422	419	0,7%
Vorarlberg	593	522	13,6%
Tirol	749	760	-1,4%
Steiermark	627	524	19,7%
Kärnten	700	598	17,1%
Gesamt	8.480	7.357	15,3%

© KSV1870

Die Zuwachsraten der Schuldenregulierungsverfahren haben vorrangig mit drei Faktoren zu tun:

- Absolute Zahl der überschuldeten/insolventen Personen im Bundesland
- Aufbau von Beratungskapazitäten bei Schuldenberatern im Bundesland
- Arbeitsmarktentwicklung / Beschäftigungsniveau



Die statistischen Erhebungen des KSV1870 zeigen, dass Schulden und die damit verbundenen Probleme vor allem ein städtisches Phänomen sind. Dort liegen die Zahlen über dem Mittelwert, das zeigt die Analyse der Negativeinträge in den Datenbanken des KSV1870. Es darf also nicht verwundern, dass Wien als Bundesland und Großstadt den Spitzenwert einnimmt - und dies schon seit Jahren.

Zugleich verfügt Wien über ein derzeit gut ausgebautes Netzwerk an Schuldenberatern; vor allem eine Initiative aus dem Frühjahr 2007 hat zu einer Aufstockung der Beraterkapazitäten geführt, sodass –nicht nur in Wien – die Zahl der entsprechend vorbereiteten Schuldner 2008 deutlich angestiegen ist.

In Punkto Arbeitsmarkt spielen regionale Unterschiede natürlich eine eminente Rolle. Manche Bundesländer sind stärker von Maschinen/Metall und Industrieller Fertigung abhängig als andere; manche Bundesländer haben einen besseren Branchenmix als andere. Wien ist bevorzugt, da es einerseits als Verwaltungszentrum Österreichs über einen sehr hohen Anteil an Staatsbeamten verfügt, andererseits aber sowohl Industriestadt als auch Tourismusdestination ist.

Die untenstehende Analyse der Insolvenzdichte zeigt diese Faktoren in einem interessanten Mix: Wien hat die meisten Schuldner mit Problemen, und zugleich einen verhältnismäßig starken Arbeitsmarkt. Der Spitzenreiter (im positiven Sinn) Niederösterreich profitiert von den Vorteilen des ländlichen Raums (Menschen haben einen familiären Hintergrund mit Liegenschaften etc.) und der Nähe zur Großstadt: die besser verdienenden Familien leben im sogenannten Speckgürtel rund um Wien und verschieben damit die Schuldenstruktur zugunsten Niederösterreich.

Zwei Bundesländer mit starkem Zuwachs sind Steiermark und Kärnten. Die Steiermark auf niedrigem Niveau – Kärnten auf deutlich höherem Niveau, nämlich einer mehr als doppelt so hohen Insolvenzdichte. Dies hat vorrangig damit zu tun, dass Kärnten bis heute die wirtschaftlich ausgesprochen schwierigen Jahre zwischen 1990 und 1996 nicht gänzlich verkraften konnte, wogegen die Steiermark in den letzten Jahren sehr von der Stärke der exportorientierten Wirtschaft profitiert hat.

Bundesland	Einwohner per	eröffnete Fälle	Insolvenzdichte
	01.01.2007	2008	pro 1.000
Wien	1.664.146	3.372	2,03
Vorarlberg	364.940	593	1,62
Kärnten	560.407	700	1,25
Tirol	700.427	749	1,07
Salzburg	529.574	422	0,80
Oberösterreich	1.405.674	1.043	0,74
Burgenland	280.257	168	0,60
Steiermark	1.203.918	627	0,52
Niederösterreich	1.589.580	806	0,51
ÖSTERREICH	8.298.923	8.480	1,02

© KSV1870



Privatkonkurs quo vadis?

Viel war in den letzten 2 Jahren von einer Änderung des Privatkonkursrechtes die Rede gewesen: vorübergehend sah es so aus, als wollte der Gesetzgeber oder wichtige politische Kräfte in Österreich die sog. Mindestquote abschaffen. Nicht zuletzt durch die beherzte und transparente Kommunikationsarbeit des KSV1870 konnte dies verhindert werden, sodass derzeit jedenfalls niemand mehr davon spricht, die 10 % Schwelle abzuschaffen, bei deren Erreichung (im Abschöpfungsverfahren) ein Rechtsanspruch auf Restschuldbefreiung erlangt wird.

Es sieht jedoch so aus, als ob auch andere Vorhaben der letzten Regierung, nämlich die amtswegige Eröffnung des Privatkonkurses zur Vermeidung sinnloser Exekutionen gegen eigentlich zahlungsunfähige Schuldner derzeit nicht die erste Prioritätsstufe der Rechtspolitik hätten. In der Tat wäre dies ein wesentlicher Eingriff in ein seit Jahrzehnten bestehendes System gewesen. Die Argumente der Befürworter, dass nämlich ergebnislose Exekutionen nicht nur Geld kosten und zugleich gar nichts bringen, sondern darüber hinaus auch noch die wirtschaftliche Existenz eines Schuldners zerstören können, haben wohl überzeugt; den letzten Schritt zur Umsetzung dieser Vorhaben wird nun jedoch erstmal nicht gesetzt werden. Es bleibt aber das Ziel einer rechtzeitigen Konkursbeantragung zum Schutz der Schuldner weiter bestehen. Dieser Schutz kommt mittelbar auch den Gläubigern zugute, wenn dadurch ein vollkommener Verlust der Einkommensquelle bzw. der Existenz vermieden werden kann.

Die Entwicklung der Schulden und der Konkurse

Im Vorfeld des Beitritts Österreichs zum Wirtschaftsraum Europa (1994) und zur EU (1995) wurden aus Gründen der Budgetdisziplin (Maastricht Kriterien) die Ausgaben der öffentlichen Hand drastisch zurückgefahren. Damals bereits sind die privaten Haushalte in die Bresche gesprungen und haben gewissermaßen das deficit spending übernommen, das nach moderner Lesart der Wirtschaftspolitik in konjunkturell schwachen Jahren zur Wirtschaftssteuerung herangezogen werden soll. Ein wesentlicher Unterschied zwischen privatem und staatlichem deficit spending besteht jedoch darin, dass der Staat vornehmlich in Infrastruktur investieren soll, wogegen private Haushalte ex definitione konsumieren. Daher kann das so ausgegebene Geld zwar kurzfristig die Wirtschaft beleben, es hat aber langfristig keine Produktivitätssteigerungseffekte, anders eben als Ausgaben der öffentlichen Hand.

Heute, am Vorabend einer veritablen Konjunkturdelle sind die österreichischen Konsumenten deutlich stärker verschuldet, als zu Beginn der 90er Jahre. Das Niveau ist keineswegs ungesund zu bezeichnen, es liegt etwa bei der Hälfte der Verschuldung britischer Haushalte (in Relation zum Bruttonationalprodukt). Dennoch werden sich die Privaten weiter verschulden, und das wird der Wirtschaft in Zeiten der Konjunkturschwäche sehr gut tun. Allerdings beobachtet der KSV1870 bereits in den Monaten Oktober und November 2008 einen spürbaren Rückgang der Kreditvergabe gegenüber den Zahlen des Jahres 2007: im Oktober ging die Zahl der Finanzierungen um 11 % zurück, im November waren es bereits ca. 20 %. Zweifellos sind Kreditvergaben an private Haushalte - so wie alle Kreditvergaben - angemessen zu prüfen. Allerdings wird eine allzu vorsichtige Kreditpolitik der Banken in Zeiten schwacher Konjunktur einen prozyklischen Effekt erzeugen, wird also der Wirtschaft Umsatz dort nehmen, wo er allenfalls möglich gewesen wäre. In dem Maße wie die Öffentliche Hand selbst dieses Geld in die Hand nimmt, wäre ein doppelter Vorteil erbracht: keine übermäßige Neuverschuldung der Privaten in schwierigen Zeiten und zugleich Infrastrukturverbesserungen für die Zukunft.



Der Zuwachs an Privatkonkursen hat sich über den Jahresverlauf 2008 leicht abgeflacht – von einem Wachstum von etwa 17 % gegenüber dem Vorjahr auf etwa 15 %. Dieser Zuwachs wird nächstes Jahr möglicherweise nicht erreicht werden; der KSV geht davon aus, dass die Zahl der Privatkonkurse mit ca. 13 % auf etwa 9.400 Fälle ansteigen wird. Ein langfristig erzielbares Niveau an Privatkonkursen lässt sich derzeit noch nicht abschätzen, da die Verfahren seit Einführung der Schuldenregulierung (1995) eigentlich immer nur gestiegen sind. Es kann aber mit einem Niveau von 15.000 Fällen pro Jahr durchaus innerhalb der nächsten 7 Jahre gerechnet werden.

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Hans-Georg Kantner, KSV-Leiter Insolvenz

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner Leiterin KSV Unternehmenskommunikation Telefon 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at,

www.ksv.at

TU 16352706. DVR 0431591. ZVR 175263718. 013-060

Privatkonkurse 2008

	2008	2007	Verän	derung
Eröffnete Schuldenregulierungsverfahren	8.480	7.357	+	15,3 %
Mangels Masse abgewiesene Konkursanträge	1.084	1.262	-	14,1 %
Gesamtinsolvenzen	9.564	8.619	+	11,0 %
Geschätzte Insolvenzverbindlichkeiten	1.039 Mio.	1.027 Mio.	+	1,2 %

Eröffnete Privatkonkurse & geschätzte Passiva nach Bundesländer 2008

Bundesland	Fälle 2008	Fälle 2007	Passiva 2008 in Mio. EUR	Passiva 2007 in Mio. EUR
Wien	3.372	2.592	328,3	320,6
Niederösterreich	806	755	131,5	153,1
Burgenland	168	139	31,9	25,7
Oberösterreich	1.043	1.048	130,0	120,0
Salzburg	422	419	62,7	60,9
Vorarlberg	593	522	64,3	59,4
Tirol	749	760	101,9	107,6
Steiermark	627	524	101,7	93,3
Kärnten	700	598	86,8	85,9
Gesamt	8.480	7.357	1.039,1	1.026,5

Mangels Masse abgewiesene Privatkonkurse 2008

Bundesland	Fälle 2008	Fälle 2007
Wien	205	206
Niederösterreich	150	192
Burgenland	32	39
Oberösterreich	240	273
Salzburg	47	58
Vorarlberg	73	78
Tirol	110	180
Steiermark	188	187
Kärnten	39	49
Gesamt	1.084	1.262

Wien, 08.01.2009

Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private
Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs (eröffnete Insolvenzen sowie mangels Masse abgewiesene Konkursanträge) nach Höhe der Forderungen, aufgeteilt nach Bundesländern, nach Branchen und nach Rechtsformen. Grundlage der Analyse sind einerseits die übermittelten Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und andererseits Informationen aus der KSV-Wirtschaftsdatenbank. Der KSV erstellt diese Auswertungen regelmäßig zum ersten Quartal, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Quartal sowie eine Jahresauswertung. Zusätzlich gibt ein ausführlicher Insolvenzkommentar einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation Österreichs. Der Vergleich der Insolvenzdaten bildet den aktuellen Stand der Konjunktur ab. Der Auswertung der KSV-Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, welches regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet. Durch die Vergleichbarkeit der KSV-Statistiken ergeben sich Interpretationsspielräume, die ein realistisches Bild der zugrundeliegenden Analyse im gesamtökonomischen Kontext widerspiegeln. Eventuell auftretende Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverlaufes können leichte Verschiebungen möglich machen.

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner, Leiterin KSV Unternehmenskommunikation

Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at, www.ksv.at, <a href="mailto:www.ksv.at, <a href="mailto:www.ksv.at, <a href="mailto:www.ksv.at, <a href="mailto:www.ksv.at, <a href="mailto:www.ksv.at, <a href="mailto:www.ksv.at, <a href="www.ksv.at, <a href="mailto:www.ksv.at, <a href="mailto:w